

Vereinbarung

zwischen

der Christlich Demokratischen Union Deutschlands,
Landesverband Baden-Württemberg,

und

der Freien Demokratischen Partei,
Landesverband Baden-Württemberg,

über

die Bildung einer Koalitionsregierung
für die 14. Legislaturperiode
des Landtags von Baden-Württemberg

Deregulierung im Gaststätten- und Ladenschlussrecht

Wir werden im Herbst 2006 die mit der befristeten Aufhebung der gaststättenrechtlichen Sperrzeiten anlässlich der Fußball-WM gemachten Erfahrungen auswerten und über eine generelle Liberalisierung entscheiden.

Nach Verabschiedung des Föderalismusreformgesetzes werden wir den Ladenschluss neu regeln. Dabei kommt dem Schutz der Sonn- und Feiertagsruhe sowie den Erholungs- und Familieninteressen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wesentliche Bedeutung zu. Von Montag bis Samstag sollen die Ladenöffnungszeiten dem Wettbewerb überlassen bleiben. An Sonn- und Feiertagen können die Läden ausnahmsweise an bis zu zwei Tagen, bei besonders herausragenden Stadtjubiläen mit Genehmigung des Regierungspräsidiums auch an einem dritten Tag im Jahr geöffnet werden.

Novellierung des Arbeitsrechts

Wir setzen uns für eine weitere Deregulierung und Flexibilisierung des Arbeitsrechts auf Bundesebene zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung ein.

Abbau von Bürokratie im Landwirtschaftsbereich

Wir werden gemeinsam mit Vertretern des landwirtschaftlichen Berufsstandes eine Arbeitsgemeinschaft „Weniger Bürokratie“ einsetzen, um zusammen mit den Landnutzern die vorhandenen Regelungen im Agrarbereich kritisch zu durchforsten und neue Vorschriften vor deren Inkrafttreten auf bürokratische Hemmnisse zu prüfen.

Bürokratieabbau im Umweltrecht

Wir unterstützen die Schaffung eines schlanken Umweltgesetzbuches auf Bundesebene im Rahmen der Föderalismusreform und werden diesen Prozess aktiv begleiten. Darüber hinaus werden wir bestehende Regelungen im Land konsequent auf Vereinfachungspotenziale überprüfen und alles daran setzen, bestehende Vorschriften bei Aufrechterhaltung des hohen Umweltschutzniveaus zu bündeln, zu vereinfachen und damit auch Möglichkeiten zur Kostensenkung für die Betroffenen und das Land zu realisieren.

Bürokratieabbau im Bauwesen

Wir wollen die Eigenverantwortung der an Bauvorhaben Beteiligten weiter stärken, indem wir die Landesbauordnung von überflüssigen bürokratischen Hemmnissen entrümpeln und für weitere Verfahrensvereinfachungen im Bauwesen sorgen. Hierzu werden wir bereits zu Beginn der Legislaturperiode den Entwurf einer Novelle der Landesbauordnung vorlegen.

Die Erhebung der Fehlbelegungsabgabe ist nicht mehr zeitgemäß. Der Verwaltungsaufwand steht inzwischen in keinem Verhältnis mehr zu dem damit erzielten Ertrag. Wir streben daher die Abschaffung der Fehlbelegungsabgabe an.